



28. Januar 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Edgar Franke positioniert sich zu allgemeiner Impfpflicht**
- **Diese Woche im Deutschen Bundestag**
- **Gedenkstunde des Deutschen Bundestages**
- **#WeRemember- im Andenken an die Opfer des Holocausts**
- **Bilder der Woche**

Edgar Franke positioniert sich zu allgemeiner Impfpflicht

In einer **Kurzmeldung des Deutschen Bundestages** ([Deutscher Bundestag - Rund 20 Millionen Menschen noch nicht geimpft](#)) heißt es:

Laut Franke sind derzeit rund 20 Millionen Menschen in Deutschland noch nicht gegen das Coronavirus geimpft, darunter etwa drei Millionen Bürger über 60 Jahre, die bei einer Ansteckung als besonders gefährdet gelten. Vor allem Menschen ohne Grundimmunisierung bräuchten dringend eine Impfung, um schwere Verläufe zu verhindern. Franke versicherte, Deutschland sei sehr gut mit Impfstoffen versorgt und auch für die Zukunft gut gerüstet.

Nun nimmt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium selber Stellung zur Frage einer allgemeinen Impfpflicht: „Am Mittwoch haben wir im Plenum ergebnisoffen darüber debattiert, ob wir in Deutschland eine allgemeine Impfpflicht einführen sollten. Solche gravierenden Entscheidungen brauchen eine breite Debatte im Bundestag. Deswegen bin ich froh, dass sich Bundeskanzler Scholz und Gesundheitsminister Lauterbach für diesen Weg ausgesprochen haben. Einen Weg, den das Gesundheitsministerium mit großem Engagement und Expertise begleitet – ergebnisoffen. Denn wenn es um Grundrechte geht, muss das Parlament immer das letzte Wort haben.“



Persönlich befürworte ich eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren. Sie ist das wirksamste Mittel, um die Corona-Dauerschleife aus immer neuen Wellen und Kontaktbeschränkungen zu verlassen. Ja, damit würden wir das Recht auf körperliche Unversehrtheit einschränken. Dabei handelt es sich um eines der höchsten Güter unseres Grundgesetzes. Aber: Das Recht auf Leben ist noch wichtiger. Bislang haben sich zu wenige Menschen impfen lassen. Doch nur mit einer sehr hohen Impfquote können wir der Pandemie die Wucht nehmen und vor allen Dingen eine Überlastung unseres Gesundheitssystems verhindern. Und das ist die Voraussetzung, um gerade die besonders Gefährdeten gut zu schützen.“

Diese Woche im Deutschen Bundestag

Verlängerung der Notsituation

Der Deutsche Bundestag beschloss in dieser Woche zum 4. Mal während der Corona-Pandemie, dass gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes eine außergewöhnliche Notsituation besteht, die sich der Kontrolle des Staates entzieht.

Der Bundeshaushalt ist sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Die lang andauernde pandemische Situation erfordert weiterhin erhebliche finanzwirksame Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und zur Abmilderung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Die Entwicklung zeigt, dass die bislang ergriffenen staatlichen Maßnahmen wirken und geeignet, erforderlich und angemessen sind, um die akuten wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abzufedern und somit Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.



Weiterer Nachtragshaushalt für Investitionen

Mit einem zweiten Nachtragshaushalt für 2021 sollen Mittel aus bereits eingeplanten und nicht genutzten Krediten bereitgestellt werden – zweckgebunden für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Transformation der Wirtschaft.

Der Nachtragshaushalt sieht Mittel in Höhe von 60 Milliarden Euro vor, die der Pandemiebewältigung dienen und zur Überwindung der pandemiebedingten Notsituation erforderlich sind. Die Nettokreditaufnahme für das Jahr 2021 wird dadurch aber nicht erhöht. Ziel ist es, auch aufgrund der Pandemie nicht erfolgte Investitionen in den Klimaschutz nachzuholen, die Konjunktur weiter anzukurbeln und Projekte im Bereich der Digitalisierung abzusichern. Dadurch schaffen wir Planungssicherheit für private Investitionen.

Jahreswirtschaftsbericht 2022



Die Bundesregierung hat ihre Konjunkturprognose für 2022 gesenkt. Die Erholung wird wegen der Corona-Krise weiter andauern. Die Inflation bleibt vorerst hoch.

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung bilanziert die zentralen wirtschaftspolitischen Entwicklungen des

vergangenen Jahres und gibt einen Ausblick auf 2022. Nach wie vor macht sich die Corona-Pandemie bemerkbar, vor allem im Dienstleistungsbereich, im Handel, im Hotel- und Gaststättenbereich sowie in der Kulturbranche. Die deutsche Industrie dagegen erholt sich weiter.

Mit zunehmender Impfquote sollte es gelingen, das Pandemiegeschehen bald nachhaltig einzudämmen und die Krisenhilfen zurückzufahren, dann wird erwartet, dass sich die wirtschaftliche Erholung beschleunigt.

Insgesamt verzeichnete Deutschland 2021 ein Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent. 2022 wird mit einem Wachstum von 3,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gerechnet.

Auch die Perspektiven für den Arbeitsmarkt sehen weiterhin gut aus. Bei der Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt mit einem Anstieg von 425.000 gerechnet, die Arbeitslosenquote dürfte dem Jahreswirtschaftsbericht zufolge 2022 um 0,6 Prozentpunkte auf 5,1 Prozent weiter zurückgehen.

Erstmals enthält der Jahreswirtschaftsbericht in einem 20-seitigen Anhang weitere Indikatoren, die künftig die Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland ergänzen können. In den begleitenden Daten werden beispielsweise die Bereiche Bildung, Verwendung von Ressourcen, Verteilungsgerechtigkeit und Umweltzerstörung als Indikatoren für nachhaltigen Wohlstand und Generationengerechtigkeit aufgenommen.

Gedenkstunde des Deutschen Bundestages

Seit 1996 gedenkt der Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus. Anlass ist die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945.

Die aus New York angereiste Holocaustüberlebende Frau Dr. h.c. Inge Auerbacher berichtete in bewegender Weise, wie sie als Kind die Greueltaten der Nationalsozialisten erlebt und ertragen hat. Der von dieser Rede sehr gerührte Präsident der Knesset, S.E. Herr Mickey Levy, sprach von einer schweren Aufgabe, das Gedenken an den Holocaust aufrecht zu erhalten.

Auch Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hatte zuvor in ihrer Begrüßung warnende Worte für die Gegenwart gefunden und sich dabei auf die Mahnung zum „Mut zur Intoleranz“ von Carlo Schmid, einem Vater des Grundgesetzes, bezogen:

„Unsere freiheitliche Demokratie muss sich wappnen gegenüber jenen, die die Demokratie beschwören, aber nur ihre eigene Freiheit meinen. Die Toleranz für sich einfordern, aber für den Pluralismus nur Verachtung übrighaben. Die Lügen verbreiten, um zu verunsichern. Die zu Hass und Gewalt aufstacheln – und sich im Nachhinein mit empörter Geste distanzieren.

Die Mehrheit in diesem Land hat dafür nichts übrig. Sie lässt sich nicht zum Hass verführen. Sie wählt und streitet demokratisch. Und das gerne leidenschaftlich, manchmal erbittert. Gegenüber den anderen brauchen wir mehr „Mut zur Intoleranz“. Den entschlossenen Einsatz aller Mittel, die die wehrhafte Demokratie kennt. Wenn Rechtsextremisten, Geschichtsrevisionisten und Völkisch-Nationale Wahlerfolge feiern, dann ist das kein Alarmzeichen. Dann ist es allerhöchste Zeit zu handeln. Dann ist es höchste Zeit zusammenzustehen, um die Werte und Institutionen unserer freien, demokratischen Gesellschaft zu beschützen. Denn die Demokratie trägt kein Ewigkeitssiegel. Sie ist angewiesen auf Bürgerinnen und Bürger, die sie schätzen und mit Leben erfüllen. Auch daran erinnern uns dieser Tag und die deutsche Geschichte: Von uns allen hängt es ab.“

Die ganze Rede von Bärbel Bas und das Originalzitat von Carlo Schmid zum Nachlesen: [Deutscher Bundestag - Begrüßung der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2022](#)

#WeRemember- im Andenken an die Opfer des Holocausts

Der Schriftzug
#WeRemember
illuminierte diese Woche
die westliche Seite des
Reichstagsgebäudes. Der
Anblick war wunderschön,
bewegend und ergreifend.

#WeRemember – so
lautet auch der Name der
digitalen Gedenk-
kampagne für die sechs
Millionen jüdischen Opfer
des Nationalsozialismus.

Menschen auf der ganzen Welt posten am 27. Januar ein Foto von sich und setzen mit dem Hashtag #WeRemember ein Zeichen gegen Antisemitismus und jede Form von Hass und Fremdenfeindlichkeit.



Die Bundestags-
abgeordnete Esther
Dilcher hat sich gerne
und mit Überzeugung an
der Kampagne beteiligt:
„Damit möchte ich ein
ganz klares Zeichen
setzen, dass wir Hass
und Antisemitismus
nicht dulden. Ich freue
mich, dass der Schriftzug
in diesem Jahr auch den
Bundestag und viele

andere Parlamente in Europa geschmückt hat.“

Bilder der Woche



Edgar Franke übernimmt als
Parlamentarischer
Staatssekretär zahlreiche
Termine für den
Bundesgesundheitsminister: Im
Auftrag der Bundesregierung
steht Franke Rede und Antwort.

In dieser Woche nahm er beispielsweise am
Gesundheitsausschuss teil und informierte dort
über die aktuelle Corona-Lage (Bild oben).

Vergangene Woche vertrat der
Gesundheitspolitiker „seinen“ Minister auch auf
dem internationalen Parkett. Bei einer virtuellen
Konferenz der europäischen Gesundheitsminister
erläuterte er, wie Deutschland die Pandemie
bekämpft (Bild rechts).



Zu seinen neuen
Aufgaben gehört
auch, dass Franke
auf der Regierun-
gsbank im Bundestag
platznimmt (am
unteren Bildrand zu
sehen).



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Tino Basoukos, Seite 3 estockiausdel unter [Germany Parliament Government - Free photo on Pixabay](#), Seite 4 [Stock Trading Monitor - Free photo on Pixabay](#), Seite 6 oben Bundestagsbüro Esther Dilcher - unten DBT/Inga Haar, Seite 7 oben Screenshot Onno Wulf, Mitte Daniel Leichte, unten Screenshot ARD Tagesschau.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.